

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Reaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Bernreiter: Reaktion Nr. 68 87, Expedition Nr. 13 8 28, Verlag Nr. 13 8 28. Teleg.-Nr.: Neueste Dresden

**Wissens-**  
Die unpolitische Zeitung kostet Mr. Dresdner und Werthe 20 Pf. für abwechselnd 40 Pf. Zuden kann über Rundschau mit 10 Pf. Preis erhöht werden. Die unpolitische Zeitung kostet 100 Pf. mit Preissteigerung und Preissteigerung nach Zahl. Aufpreis 100 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Steuerabzug bis zu 10 Pf. auf die Zeitung aufzunehmen. Nur das Erstehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantieren. Zeitung und Abdruck von Anzeigen durch den Herausgeber ist untersagt. Keine Dresdner und auswärtigen Anzeigen, sowie ähnlichen Anzeigen und Ausgaben im In- und Ausland sowie keinen Anzeigen zu Originalstellen und Ausgaben an.

**Wissens-**  
Das Dresdner Zeitungsblatt kostet monatlich 1.20 RM., vierteljährlich 5.00 RM. bei Kauf, durch uns vorherigen Kaufabonnement monatlich 1.80 RM., vierteljährlich 6.00 RM. bei Kauf. Bei der wöchentlichen Zeitung „Illustrirte Rausch“ 15 Pf. monatlich mehr.  
**Wissens-**  
Kauf. A ohne „Illustrirte Rausch“ monatl. 1.30 RM., vierteljährl. 5.00 RM.  
• B mit „Illustrirte Rausch“ 1.45 • 4.50 •  
In Österreich-Ungarn:  
Kauf. A ohne „Illustrirte Rausch“ monatl. 1.15 RM., vierteljährl. 4.45 RM.  
• B mit „Illustrirte Rausch“ 1.30 • 4.50 •  
Nach 2. Ausgabe in Dresden, wöchentl. 1.10 RM. Eins. Rausch. 10 Pf.

## Der Ablauf des Waffenstillstandes mit Russland

Massenverhaftungen von Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen — Soll über unsre Friedensforderungen für die Kolonien — Der rumänische General Avarescu soll ein Friedenskabinett bilden

### Polengeschichten

Von unserem Korrespondenten

Wien, 14. Februar  
Am österreichischen Reichsrat steht ein Budget für 1917/18 in Verhandlung und noch Wohlstand der allgemeinen Bevölkerung handelt es sich jetzt um die Abstimmung, ob man in die Einzelbesprechung des Staatsvoranschlages eingehen solle. Wenn ja, so könnte ein reguläres Budget zustande. Allein von einem solchen ist gar keine Rede mehr. Das steht die Regierung, daß kleinen bl. regierungsfreudlichen Parteien beiderartigkeiten schon fallen gelassen zu haben. Nicht ist nur mehr von einem Budgetprovisorium die Rede. Ein solches in der Dauer von 10 Monaten ist für das laufende Berwaltungsjahr schon einmal vollzogen worden, so daß es sich jetzt nur mehr um das letzte Drittel, von März bis Juli, handelt. Es ist an dieser Stelle schon ausgestanden worden, daß dabei der Polenkubus das Mängeln an der Woge bildet. Heute ist sich zu den anderen slawischen Parteien, die zur Regierung in Opposition stehen, so ist auch das Provisorium nicht durchzubringen; schlecht er ist den deutschen Parteien an, so können auch der reguläre Staatsvoranschlag anstecken. Alle die Feste neulich entschieden werden sollte, machen die Voten den Unterschied, die waren des Trautnauer Kreisberichts willigen, die Mauer, verwehren das Eingehen in die Einzelbesprechung des Budgets, hemmen sich auch gegen ein viermonatiges und kehren den Bevollmächtigung eines zweimonatigen Provisoriums gegen Ausführung von allerlei betrüblichen Angeklagten in Aussicht.

Zugzwischen wurde der Mittell II des Friedensvertrages mit der Ukraine bekannt. Da erklärt der Potentanz, daß er in schriftlicher Form eine und gar nichts bewußt. Wenn? Der Regierung Zedler? Weitfel! Gar einer Regierung, heißt sie wie immer. Gegen den Staat richten sich die Bevölkerung der galizischen Abgeordneten, denen sich auch die polnischen Mitglieder des Herrenhauses anschlossen haben. Waren in Ariene verwehren sie dem Staat, dem sie zugeschrieben, die gleichmäßige Ausübung der Staatsverwaltung auf Grund eines parlamentarisch genehmigten Budgets, solche zwei Polen, der Österreichminister und der galizische Minister, im Rahmen ihres Amtes, um die ukrainische Grenzfrage eine droge der Nächstenpolitik, die wir der inneren Politik Österreichs und mit dem Reichsrate nichts zu tun haben, zumal nach den konservativen Geleben anhängige Anzeigen vor der Delegationen gehören. Außerdem ist die endgültige Grenzziehung der ukrainischen Volksrepublik noch nicht festgestellt, weil dies erst durch eine Kommission geschah, wird, die aus Polen eingeschlossen, und diese Kommission wird nach den ethnographischen Verhältnissen, nach der Siedlung und Siedlung der Ukrainer und Polen und gemäß den Wünschen der Ukrainer — Selbstbestimmungsrecht in den von Russland besetzten Gebieten — bei der Grenzbestimmung vorliegen. Die Polen haben aber sehr lernen annehmbaren Grund, außer Land und Band zu geraten und das Parlament — da ein Regierungsmittel nicht helfen würde — in eine Kette zu führen. Sie tun es dennoch zum Heiligen des Protestes gegen Preß-Potsdam, und auch das Warthausen-Kabinett Austria tritt aus dem gleichen Grunde zurück. Und daß alles nach den Wünschen der beiden Kaiser vom 8. November 1918 und den Vortagen vom 12. September 1917, nach den Wünschen des Regierungskabinetts und des polnischen Ministerpräsidenten nach Berlin und Wien und nach den Wünschen auf die austro-polnische Lösung des Polenkriegs.

\*  
**Orohungen**  
(Privatelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)  
Wien, 16. Februar  
Die parlamentarische Kommission des Polenkriegs beschloß, daß die Führer der einzelnen Gruppen dem Ministerpräsidenten u. Kabinett mitteilen sollen, daß der Polenkubus nunmehr im Reichsrat in die schwärmische Opposition übertragen — Wie aus politischen Kreisen verlautet, soll am Montag wegen der Abreise des Cholmer Bundes an die Ukraine in Galizien der Generalkriegsrecht erklärt werden. — Die polnischen Blätter

veröffentlichen ein Schreiben des Cholmer der austro-polnischen Partei, Abordnetete Glombitsch, an den Kaiser, in dem auf die tiefe Trauer dingenommen wird, in der sich das polnische Volk über die Abreise des Cholmer Landes an die Ukraine beschwert. (s)

**Niedergelegte Mandate**  
(Privatelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

Wien, 16. Februar  
An einer im Reichsrat abgehaltenen Versammlung, in der der Vetter der Stadtverwaltung Dr. Antoniuk den Vorfall äußerte, wurde einstimmig beschlossen, daß sämtliche polnischen Abgeordneten, die ihre Mandate niedergelegen haben, wenn die Abreise des Cholmer Gebietes aufzuhören, bleiben sollten. Alle polnischen Abgeordneten der österreichischen Oeden wurden aufgefordert, diese aufzuhören.

### Freie Hand gegen Russland

X Berlin, 16. Februar. (Aussch.

In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr Trofili zwar für Russland die Beendigung des Friedensvertrages und die Demobilisierung verhängt, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrages abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Vollversammlung, in der ihm die Entscheidungen des Bierbundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen und hat die Verhandlungen abgebrochen. Durch die einseitige russische Erklärung ist leichtverständlich der Friedensvertrag nicht bestätigt und der Friedenzustand nicht an seine Stelle gesetzt worden. Vielmehr hat die Regierung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Bekämpfung des Friedens unmöglich gemacht. Gerade zur Herbeiführung eines Friedens aber war der Russenfeldkriegsvertrag vom 15. Dezember 1917, wie der Beitrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. Mit dem Verzicht auf den Frieden hat daher das bolschewistische Russland auch auf die Fortdauer des Russenfeldkrieges verzichtet. Dieser Vertrag ist der Rückzug gleich zu achten. Die konservative Regierung stellt hierzu fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Russenfeldkrieg tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist old am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß und Klarsatz der vertraglich vorgesehenen siebenjährigen Kündigungstricht freie Hand nach jeder Möglichkeit vorbehalten.

### Die Stellung Österreich-Ungarns

(Privatelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 16. Februar  
An zuständiger Stelle wird erklärt, daß es zur Stunde keine offizielle Nachricht über die Entscheidungen Deutschlands über die folgenden und Trofili's einseitiger Erklärung vorliegt. Allein es besteht ein volles Einvernehmen mit Deutschland darüber, daß, wenn Deutschland zum Schutze seiner Interessen im Osten veranlaßt wäre, unter Umständen kriegerische Operationen gegen Russland vorgenommen. Österreich-Ungarn soll daran nicht beteiligt werden. Die Monarchie grenzt nämlich nicht an Russland, sondern an die Ukraine. Sie hat also keinen Anlaß, aber auch keine lastliche Möglichkeit zu handeln gegen Russland, da die Monarchie dort keine Truppen liegen hat. Die „Reich“ drückt das folgendemmaßen aus: Eine Begegnung der österreichischen Streitkräfte in Russland ist eingetragen. Positionen, die eventuell Deutschland schützen könnten, werden durchzuführen würden. Der Kriegsminister und die österreichischen und polnischen Militärs sind darüber einig.

\*  
**Ein abgelehntes Wiener Angebot an Petersburg?**  
(Privatelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)  
Wien, 16. Februar  
Nach einer Meldung des „Tempo“ aus Petersburg erklärt man in maximalistischen Kreisen die österreichisch-ungarische Regierung habe den Bolschewisten angeboten, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zwischen Österreich und der Ukraine zu verhandeln. Wien habe sich verpflichtet, die Kiewer Rads zu beauftragen, territorialen Ansiedlungen an die Petersburger Regierung zu veräußern, dagegen

verlangt, daß polnische Abordnetete den Unterhandlungen über das schwedende Krone beteiligt werden. Der Rat der Volkskommissare hat noch erregt. Siebma das Wiener Angebot abwehrt.

### Die Unarchie in Russland

X Berlin, 16. Februar  
Privatelegramm aus Stockholm vom 15. Februar:

Aus Petersburg hier einschlägig neunzehn Reihenbildern die Zustände in Russland als grauenhaft. Einzelne Personen werden auf offener Straße gehauen, die Kleider abgenommen. Steuern werden nicht mehr bezahlt. Bei der Landverteilung werde kein Bauer mehr Land bekommen, als er für seinen eigenen Unterhalt braucht, so daß die Bauernschaft in den Städten unangieblich füllt. Die Soldaten und Lehrer leben vom Betteln. In den Schulen werde kein Unterricht mehr erteilt. Die Bolschewiki halten dort Niederschläge aus, die Kinder zum Ungehorsam gegen die Alliierten auf. Das Verhängniswesen blühe mehr als je.

### Wiederannahme der russischen Kampftätigkeit?

(Privatelegramm)

+ Berlin, 16. Februar

Aus Petersburg wird der „Kriegsamt“ des Smolnitsch-Ministeriums aufgerufen, nach Verhandlungen, die auf eine Wiederannahme der Friedenskriegsleitung an der Front abenden, einen russischen Frieden zwischen Russland und dem Kaiserreich einzuleiten. Am Autonomiebund wird der Oberbefehlshaber Smolnitsch alle höheren Generale durch öffentlichen Aufruf aufgefordert, sich sofort wieder der Armee zur Verfügung zu stellen. In Petersburg wird von nun ab ein Teil des französischen Generalsstabes sitzen, und

zumal sich eine dampfige Wut gegen die Räteregierung verbreitet, die es nicht verstand, zu einem Frieden zu kommen. Die Anwerbungen für die Revolutionarmee nehmen insbesondere nicht den vom Smolnitsch-Institut erwarteten Verlauf. Nur die neuen Roten Garde haben sich bisher nur sehr wenige Soldaten anwerben lassen, da die Kriegsfähigkeit schon zu sehr an Abschöpfung gewonnen hat, als daß es der Räteregierung noch gelingen könnte, ein kampffähiges Heer auf die Beine zu stellen.

(Wir geben diese Meldung nur mit Vorbehalt wieder. — T. R.)

### Ein estnischer Hilferuf

X Berlin, 16. Februar

Die bevollmächtigten Vertreter der estnischen Kleingrundbesitzer der Kreise Dorpat, Pöllin, Vernau und des Dorfes Haabschwörverein sind in Domäne eingetroffen und haben die deutsche Regierung im Namen aller estnischen Kleingrundbesitzer Nordostlands um Hilfe gegen die Schreckenheit der Maximalisten und um sofortige Befreiung des Landes durch das heilige deutsche Heer gebeten. Obwohl haben die Kapitäle Deutschlands und deutschstämmige Esten keiner Absicht an die deutsche Heereleitung mit der Bitte um schnelle Befreiung des Landes gesandt, da sonst alles verloren sei.

Weiteres siehe auf Seite 3

### Ein rumänisches Friedenskabinett

(Meldung des Wiener Korrespondenten)

X Bukarest, 16. Februar

Anverlässlichen Nachrichten und dann auf die General-Avarescu sein Kabinett noch nicht vollständig gebildet. Die Gründung, am ersten August aufzutreten kommt, ist der Frieden mit den Mittelmächten.

### Bevorstehende Friedensverhandlungen?

(Privatelegramm)

+ Budapest, 16. Februar

Wie „Ma Ujsg“ erklärt, begibt sich die Delegationen, die in Vertretung der Mittelmächte in Wien verhandelt haben, anfangs nächster Woche, am Dienstag oder Mittwoch nach Budapest, um dort über einen Friedensschluß mit Rumänen zu verhandeln.

### Die militärische Lage an der rumänischen Front

(Privatelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

Wien, 16. Februar

Die Wiener „Allgem. Bl.“ schreibt: „An der rumänischen Front stehen noch schwächer bereit militärischer Wert nicht gering zu schätzen ist. Die nächsten Tage dürften jedoch klarheit darüber bringen, ob wir Rumänen weiterhin als Feind zu betrachten haben.“

### Versailles

Von unserem Korrespondenten

Wien, 16. Februar  
Die recht glänzenden Auslagerungen der französischen Partei Blätter über das Werk des Versailler Entente konferenz sind jedenfalls des Ausmaßes ein düsteres Echo. Vermummte bereits die Wiedergabe, daß im „Kleinen Triumvirat“ — dem Dreieck der Zusammenkunft — über die unabhängige Stellung des englischen Oberkommandierenden der Stad gebrachten und Petain zum „Marshall der Ententearmee“ erhaben worden sei, so erreichten weitere und Paris noch London genaue Stimmungserhebung über eine tieferen Durchdringung der englischen Führung durch französische Militärs ausgetragen worden. „Argus“ berichtet, daß die englische Presse gegen das „Anhänger der Rassismus“. Neben den Briten Reaktionen in der „Morning Post“ möchten sich auch inländische Kommentare des „Daily Telegraph“, der „National Review“ bemerkbar. Sie richten sich durchweg auf einen Punkt: die englische Armee muß ihre freie Operationen freiheitlich des alliierten Oberkommandierenden genommen. Hierzu kam noch die blitze Erkenntnis, daß in Erinnerung eines Hindenburg, sein Verbündeter general das allgemeine Vertrauen der Bundesgenossen zu erwerben vermochte.

Aus diesem Grunde glaubt man auch in London politischen Kreisen nicht an das Bildungsbummen einer rein französischen Überführung. Vielmehr wird die Wiedergabe verbreitet, daß nach langwierigen und sehr verwirrten Beratungen eine Art Kompromiß zu diesem Bildungsbummen festgestellt. In einer britischen Meldung, folgende sehr soll: Das britische Hauptquartier wird von nun an ein Teil des französischen Generalsstabes sitzen, und zwar nicht, wie vorher, bloß als ein untergeordnetes Organ, sondern als ein gleichberechtigtes, mit maßgebender Stimme ausgestattetes Teil der gesamten Armeestellung. Nunnen die französischen Kommandierenden früher niemals ein klares Bild über die britischen Blätter rechtzeitig erhalten, so wird von nun ab die englische Heeresleitung nach gemeinschaftlicher Entscheidung des Kriegsplanes, auch die einzelnen Operationen im britischen Abschnitt durch französische Militärs verfolgen und mitteilen lassen. Es sei in diesem Zusammenhang an einen sehr offensichtlichen Anhalt erinnert, der Anfang des Jahres im Pariser „Moniteur“ erschien. Darin wird den Engländern vorgehalten, daß sie sich gegen die französischen Generalen und preußischen Führer einer „engen Verbindung militärischen Geschäftsführer“ befestigten, alles, was sie unternommen, für sich des Briten, aber — noch dem Wohlgefallen eines Unternehmens wie „reiche Kinder“ in französischen Hauptquartieren kommen, um ihn zu erbitten. Reduziert man diese großzügige Ausbildung um das übliche Maß französischer Eigentümlichkeit, dann bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß die englische Heeresleitung nach dem Bundesgenossen gewissermaßen als „quantitativ negligeable“ behandelt, insoweit sie nicht auf eine „Entscheidungsoffenheit“ und peinlichen Gründen anwenden war. Der französisch hingegen fühlt und sieht sich auch heute noch dem Briten weit überlegen, mehr als einmal beteuert er, daß die Verdunoffensive, die von Russland verloren worden war, einen entsetzlichen Verlust brachte, ebenso wie die französische Angriffsschlacht der Somme, die auf dem britischen Frontenfeld verloren wurde. Man sieht sogar auf den britischen Fronten die Aufmerksamkeit geringer als französischer Anführern und scheint momentan nicht abnehmen, einkommen der „General“ Geschäftsführer widerfahren zu lassen. Clemenceau, der gerne derartige Abdankungen vornimmt, steht u. a. nach der Erhebung des Generals Pétain in eine mächtige Kommandostellung...

In weiterer wichtiger Vorschlag, der seitens der französischen Militärs eingearbeitet worden ist, betrifft die „Festungsarbeit“ englischer Truppen, um die Frontabschnitte, die außerhalb des britischen Raumabschnittes liegen, der gegenwärtig bis in die Region von Soissons reicht, zu sichern. Nachdem die französischen Streitkräfte der Pariser Stadtkommandant, Schon im März des Vorjahrs beschlossen, man sich in französischen Armeekreisen mit der Frage, ob es nicht nötig wäre, eine „kombinierte Reservekriegsmacht“ für einen Angriffskampf bereitzuhalten, wie sich die Operationen in günstiger Weise entwickeln. Viele britische Einheiten sind einzeln ausgetauscht, während der Schall zerstört. Viele neue und nicht schlecht arbeitende Mäuse, um in der Abendschlacht eingeschossen zu werden. Nur ein Arbeit Clemenceau, der im Vorjahr als Präsident der Armeekommission fortwährend diese Konstellation vom Allierten forderte, ließ darauf los, die Reserve des Endkriegs aufzunehmen. Technische Schwierigkeiten, die sich dem sogenannten Hinterleben britischer Kräfte nach einem außerhalb der englischen Front gelegenen Kampfabschnitt entgegenstellen, sollen behoben werden. Es ist kein Geheimnis, daß während der letzten Monate unter Selbstschutz hinter der Front angesiedelt wurden, daß die auf Gleisen beweglichen Geschütze starke Vermehrung erhielten.

### Amerikas gesondertes Vorgehen

X Amsterdam, 16. Februar

Der New Yorker Korrespondent der „Daily News“ meldet, an den Erfolgen von Verhandlungen erfuhr er, daß Amerika nicht mit den